



GdP-FORDERUNG ERFÜLLT

GdP-Initiative umgesetzt – TASER wird in Hessen eingeführt

Innenminister Peter Beuth hat vor wenigen Wochen die flächendeckende Einführung des Distanz-Elektro-Impuls-Gerätes (DEIG), besser bekannt unter dem Namen „TASER“, bekanntgegeben und damit eine Initiative der GdP Hessen umgesetzt. Die Einführung dieses Gerätes hat eine Vorgeschichte und diese ist eng verbunden mit den Bemühungen der GdP Hessen.

Vor dem Hintergrund der immer weiter ansteigenden Zahlen der Gewalttaten gegen die Polizei, wurden wir vermehrt von Kolleginnen und Kollegen, besonders aus dem Einzeldienst, angesprochen. Dabei wurde immer wieder das DEIG genannt und als mögliches neues Einsatzmittel diskutiert. Auch auf Bundesebene befasste sich die Gewerkschaft der Polizei mit diesem neuen wie auch nicht unumstrittenen Einsatzmittel.

Der Bundesfachausschuss Schutzpolizei der GdP hat sich intensiv mit dem Thema DEIG befasst und in einer umfangreichen Studie unter wissenschaftlicher und medizinischer Begleitung eine Stellungnahme für den Bundesvorstand der GdP erarbeitet. Im Ergebnis wurde die Einführung des DEIG für den polizeilichen Einzeldienst empfohlen.

Dies war für uns in Hessen der Startschuss, um auf Landesebene initiativ zu werden. Im Wissen, dass Forderungen alleine nicht zielführend sind, war zunächst politische Überzeugungsarbeit zu leisten. Deshalb haben wir uns gleich zu Beginn unserer Initiativen für eine Fach- und Informationsveranstaltung entschieden. Diese fand am 19. 1. 2017 im vollbesetzten Dorint Hotel in Wiesbaden statt. Dazu hatten wir alle innenpolitischen Sprecher des Landtages und die gesamte Führung der hessischen Polizei eingeladen.

Als Referenten fungierten u. a. Björn Neureuther, Vorsitzender des

BFA – Schutzpolizei, Jürgen Sohne- mann, Polizeiakademie Hessen Ausbildungsleiter SE, Johann-Markus Hans, Leiter Polizeitechnisches Institut DHPol Münster, sowie Martin Textor, LtPD a. D., ehemaliger Leiter des SEK Berlin.

Mit dieser Veranstaltung haben wir offensiv und für alle transparent alle relevanten Punkte rund um den TASER dargestellt und diskutiert. Keine Frage blieb unbeantwortet und viele bis dahin unbeantwortete Fragen konnten geklärt werden. Am Ende stand fest: Das DEIG schließt eine Einsatzlücke zwischen Schlagstock (zu kurz), Pfeffer-/Reizgasspray (oft nicht wirksam) und der Schusswaffe (hohe rechtliche Hürde/schwere Folge).

Nach dieser Veranstaltung hat der Landesvorstand der GdP Hessen einstimmig beschlossen, mit der Forderung nach einem Pilotversuch an den Innenminister heranzutreten. Dieser Forderung kam Innenminister Beuth



DEIG der Firma Taser

nach und ordnete für das Überfallkommando Frankfurt und das 1. Polizeirevier in Offenbach den Piloten an.

Die Erfahrungen in der Testphase waren durchweg positiv. Insbesondere die präventive Wirkung des Gerätes hat sich in der Praxis als bedeutend herausgestellt.

Mit der Ankündigung, das DEIG in Hessen flächendeckend einzusetzen, kommen die Bemühungen der GdP Hessen nun zu einem guten Abschluss und sind ein weiterer Baustein unserer Initiativen, die Gewalt gegen die Polizei weiter einzudämmen.



Andreas Grün

Wir sind guter Hoffnung, dass das DEIG in Zukunft viele Kolleginnen und Kollegen vor schweren und gefährlichen körperlichen Auseinandersetzungen bewahren wird. Die GdP Hessen wird dieses Thema weiter mit hoher Priorität begleiten. Denn Einsatztraining und Einsatz-taktik müssen ständig angepasst und überprüft werden. Außerdem steht schon eine neue Generation TASER ins Haus. Der TASER 7, der viele Verbesserungen und eine vereinfachte Handhabung verspricht, wurde gerade vorgestellt. Auch beim DEIG muss gelten, dass für die hessische Polizei immer die aktuellsten und effizientesten Einsatzmittel zur Verfügung stehen.

Abschließend möchten wir dem hessischen Innenminister für die konstruktive Begleitung des Projektes und die zeitnahe konsequente Umsetzung danken.

Gewerkschaftliches Engagement ist nach wie vor der Motor für innovative Verbesserungen.

Wir kümmern uns. GdP – deine Gewerkschaft!

Andreas Grün, Landesvorsitzender



Forderungen der GdP an den Landeshaushalt

Die Gewährleistung der inneren Sicherheit ist ein grundlegender verfassungsrechtlicher Anspruch der Bürgerinnen und Bürger. Diese Aufgabe wird maßgeblich durch die Polizei wahrgenommen, die dadurch wie kaum ein anderer Bereich im öffentlichen Fokus steht.

In der jüngsten Vergangenheit wurde der signifikante Stellenabbau bei der Polizei korrigiert und die vorgenommenen Erhöhungen der Einstellungszahlen bis 2022 auf 1520 zusätzliche Polizeivollzugsstellen ist erklärter Wille der Landesregierung. Darüber hinaus sollen, nach dem im Koalitionsvertrag verorteten Willen dieser Regierung, weitere 750 Polizeivollzugsbeamte, 150 zusätzliche Stellen für dringend benötigtes Fachpersonal und 100 weitere Stellen bei der Wachpolizei geschaffen werden. Im Ringen um die besten und damit geeignetsten Köpfe auf dem Arbeitsmarkt muss der Polizeiberuf, also im Bereich des Vollzugs und beim Tarifpersonal, deutlich attraktiver gemacht werden. Dazu gehören auf der einen Seite verbesserte Einkommensbedingungen, andererseits aber auch ein nachhaltiges Höhergruppierungsprogramm für die Entgeltgruppen E 3 bis E 9 (entsprechen 90% der Gesamtbeschäftigten) in der hessischen Polizei. Die Zuständigkeiten der Tarifbeschäftigten haben sich aufgrund der vielschichtigen Aufgaben der Vollzugspolizei sowohl quantitativ als auch qualitativ verändert. Durch wirksame Anpassungen der Arbeitsplatzbeschreibungen müssen die gerechten Höhergruppierungsmöglichkeiten logische Folge sein.

Der noch immer hohen Anzahl der Studienabbrecher (hier liegen unterschiedliche Gründe vor) bei den Polizeikommissar- und Kriminalkommissaranwärtern muss strategisch wirksam begegnet werden. Das ausgebildete Personal muss die Basisdienststellen erreichen und darf nicht zur personellen Vorfinanzierung weiterer Programme genutzt werden. Die derzeit vorhandenen Planstellen bei der Vollzugspolizei sind zur Bewältigung der Aufgaben bei Weitem nicht ausreichend. 140 Planstellen, die als Ausgleich der Reduzierung der Wochenarbeitszeit auf 41 Stunden zu-

sätzlich im Jahr 2018 geschaffen wurden, sowie 300 zusätzlichen Planstellen, die 2019 avisiert sind, reichen zur Kompensation der Arbeitszeitreduzierung in den Dienst-, Ermittlungsgruppen und den Kommissariaten nicht ansatzweise aus. Zusätzliche Stellen müssen mehrheitlich in den Basisdienststellen (Schichtdienststellen und Kommissariaten) ankommen, um Belastungsspitzen abzufedern.

Der verbesserten Ausstattung im Polizeibereich müssen mit weiteren technischen Anpassungen Möglichkeiten eröffnet werden, um im Verbund mit der Polizei des Bundes (BKA und Bundespolizei) und den Polizeien der Länder einheitliche Möglichkeiten zu schaffen, wirksame Kriminalitätsbekämpfung in einheitlichen Strukturen durchführen zu können. Hier müssen die finanziellen Rahmenbedingungen Schritt halten, um die unter dem Rubrum „Polizei 2020“ durch die IMK vereinbarten Stan-



Jens Mohrherr

dards erfüllen und umsetzen zu können.

Auch im Bereich des sogenannten Cybercrime (Always on/Cyberhome/Industrie 4.0) ist eine Aufstockung des Personals dringend angezeigt. Der Bedarf an IT-Fachpersonal ist durch die Digitalisierung enorm und wird in den kommenden Jahren weiter ansteigen. Die öffentliche Hand befindet sich auch hier bei der Personalgewinnung von Fachspezialisten in Konkurrenz zur Privatwirtschaft.

Die deutliche Mehrheit der Vollzugsbeamtinnen und -beamten befindet sich im Eingangsamt und ersten Beförderungsamte A 9/A 10 (75%). Wenige Aufstiegschancen sind vorhanden. Um diesem „Bocksbeutel-Effekt“ wirksam zu begegnen, müssen sofort wirksame Hebungsprogramme initiiert werden. Es ist nicht mehr darstell- und erklärbar, dass einer Kollegin/einem Kollegen vier Jahre nach Ende des Studiums die letzte Urkunde in deren Karriere ausgehändigt wird (Lebenszeit und A 10). Wir fordern ein Hebungsprogramm für die Polizei (auch der Fach- und Verwaltungsbeamtinnen und -beamten) mit den Schwerpunkten in den Besoldungsgruppen A 11, A 12 und A 13 (wirksame Ausschöpfung der Stellenplanobergrenzen).

Die Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte ist auf ein Höchstmaß im Jahr 2018 angestiegen, auch das Ausmaß an Brutalität hat dabei signifikant zugenommen. Entsprechend fallen die gesundheitlichen Folgen für die Vollzugsbeamtinnen und -beamten aus. Dringende Fürsorgemaßnahmen müssen geschaffen werden. Insbesondere sind die seit Jahren geforderten Vorsorgekuren für den Vollzug durch den Dienstherrn in besonders belastenden Arbeitsbereichen (Schicht-Wechselschichtdienst, Schwerpunkt-kommissariate pp.) anzubieten.

Die Polizeibeamtinnen und -beamten in Hessen haben mit die längste Wochenarbeitszeit aller Bundesländer und des Bundes. Die Zahl der Mehrarbeitsstunden steigt seit Jahren an und befindet sich knapp unterhalb von drei Millionen Überstunden. Auch die Einführung des Lebensarbeitszeitkontos (LAK) mit den einhergehenden angesparten Stunden stellt die Polizei vor unlösbare Aufgaben. Beispiel: In 24 Monaten spart eine unter 50-jährige Beamtin/ein unter 50-jähriger Beamter für sechs Wochen Freizeitausgleich an. Die Freizeitphasen müssen von den restlichen Beschäftigten aufgefangen werden, wodurch diese wieder über Gebühr belastet werden. Dazu ist eine verbindliche Urlaubsvorplanung nahezu nicht mehr möglich. Es müssen dringend Regelungen geschaffen werden, die eine sinnvolle Art der Abgeltung der LAK-Stunden möglich



KOMMENTAR

macht. Wenn keine intelligente Lösung geschaffen wird, führt das Ansparen von Millionen LAK-Stunden unweigerlich zum Kollaps bei den Kolleginnen und Kollegen im Polizeivollzug.

Die Polizeibesetzten wollen neue und familienfreundliche Arbeitszeitmöglichkeiten mitbestimmen. Hier gilt es, vor dem Hintergrund der landeseinheitlichen Dienstvereinbarung zur Arbeitszeit, den Beschäftigten auf deren Wunsch es zu ermöglichen, neue und gesündere Arbeitszeitmodelle im Rahmen einer verlässlichen Pilotphase erproben und ausprobieren zu lassen. Die

Rückkehr in bestehende Arbeitszeitformate muss nach Ende eines Erprobungszeitraums mit einem entsprechenden Votum der Beschäftigten wieder verbindlich möglich sein.

Wir fordern für alle Polizeibesetzten die Einführung der 38,5-Stunden-Woche, um den Folgen durch die permanent steigenden Einsatzbelastungen wirksam zu begegnen. Als erster Zwischenschritt käme die sofortige Einführung der 40-Stunden-Woche und analog zum TV-H die 38,5-Stunden-Woche für den Wechselschichtdienst infrage.

Im Bereich der Liegenschaften hat die hessische Polizei in jeder Behör-

de einen Rückstau bei Sanierungs- und Renovierungsbedarfen. Ergriffene Maßnahmen, insbesondere in der Zusammenarbeit mit dem LbIH, haben sich im Bereich der Polizei nicht ansatzweise bewährt. Vor dem Hintergrund der personellen Verstärkung innerhalb des Personalkörpers muss es der Polizei ermöglicht werden, flexibler im Liegenschaftsmanagement in Abstimmung mit dem HMdF agieren zu können. Damit einhergehend müssen die Behörden auch in die Lage versetzt werden, kleine Bau- und Renovierungsmaßnahmen selbstständig abwickeln zu können.

Jens Mohrherr

Lucky Stars – Mit diesen Sternen kannst du sparen!

Eine interessante Broschüre für GdP Mitglieder – die Geld sparen kann!

Als Gast bei unseren GdP-Freunden im Ausbildungsbereich der Bundespolizei war ich im letzten September in der Ausbildungsabteilung in Eschwege als hessischer Gast bei der Berufsvertretungsstunde im Einsatz.

Hier konnte ich feststellen, dass unsere Kollegen der Bundespolizei allen Anwärtern eine Broschüre im DIN A4 Format mit dem Namen „Lucky Stars“ verteilen. Ein Blick in diese Broschüre zeigte mir, dass wir von befreundeten GdP Bezirken sehr wohl lernen können. Die GdP Bundespolizei hatte hier zahlreiche Kooperationspartner optisch sehr ansprechend und hochwertig gedruckt zusammen in ein Heft gebracht.

Das würde uns in Hessen sicher auch gut gefallen! Gesagt getan. Ein „Lucky Stars“ Heft wanderte in meine Tasche und wurde dem LBV auf der nächsten Sitzung vorgestellt. Der LBV erkannte die interessante Möglichkeit, hier auch noch die hessischen Kooperationspartner mit den bereits bestehenden Angeboten der GdP Bundespolizei gemeinsam zu veröffentlichen. Gesagt getan. Mit der Geschäftsstelle der GdP BU-POL wurde Kontakt aufgenommen und wir bekamen die Erlaubnis, das Heft mit unseren Ergänzungen herzustellen. Die PSG Hessen holte in den folgenden Wochen die Erlaubnis „unserer“ Kooperationspartner ein, mit in das Projekt „Lucky Stars“ einzusteigen.

Heute haben wir nun die hessischen „Lucky Stars“ mit den Angeboten der GdP BuPOL und den hessischen Partnern vorliegen. Bereits im Februar konnten wir unter anderem auch mit diesem „neuen“ Produkt wieder sehr erfolgreich mit fast 75 % bei der Berufsvertretung in Hessen werben.

Nun aber zum Inhalt. Der Leser findet Angebote zum Autokauf, gute Freizeit Park Ermäßigungen, Rabatte beim Fahrradkauf, Reisen und Wellness, ei-

ner online Apotheke, einem Waffentreuer, Kauf von Bekleidung und Ausrüstung im Outdoor Bereich, Sportstudio, Angebote der Signal Iduna, der BB Bank und der GUV/Fakulta und vieles mehr.

All diese Angebote, bei denen man ordentlich sparen kann, können nur GdP Mitglieder nutzen! GdP Mitglieder können sich die Angebote auch im internen Bereich auf der Homepage der GdP Hessen und auch im internen Bereich der GdP Bundespolizei mit ihrem „Login“ anschauen und sich auch teilweise gleich auf die Seiten der Anbieter verlinken lassen.

Jedem Mitglied, das ein Angebot aus den „Lucky Stars“ nutzen möchte, empfehle ich sehr, sich den GdP Mitgliedsausweis zu beantragen, sofern dieser noch nicht „an der Frau oder an dem Mann ist“. Den Mitgliedsausweis kann man auf der Homepage im internen Bereich online beantragen, oder bei der GdP Geschäftsstelle in Wiesbaden oder den örtlichen GdP Ansprechpartnern eine Karte zum Antrag ausändigen lassen.

Die „Lucky Stars“ könnt ihr über eure Kreisgruppe bei Bedarf anfordern, oder schaut sie euch auf der Homepage an.

Dies ist nur ein weiteres Argument, warum sich die Mitgliedschaft in der GdP lohnt!

Stefan Ruppel



Niedersachsen zu Gast in Hessen

Am 25. 2. 2019 sollte unter der Schirmherrschaft der GdP Hessen das Grundseminar zur Ersten Hilfe im Einsatz bei Versorgung von Stich- und Schussverletzungen stattfinden.

Versorgung von Stich- und Schussverletzungen? Das klingt spannend! Noch spannender klang die Teilnehmerliste: unter Kolleginnen und Kollegen verschiedener polizeilicher Einheiten und dem Zoll befanden sich auch zwei Kollegen aus Luxemburg. Sollte das etwa bedeuten, das Seminar findet in Englisch statt oder sogar in Französisch? Wir, Jan Hautau und Anja Lögering, Einsatztrainer der Polizeidirektion Hannover, sollten es herausfinden.

Um 5:58 Uhr am Morgen des 25. 2. saßen Jan und ich in Hannover im ICE, das kleine Langenscheidt-Wörterbuch Englisch/Deutsch vorsichtshalber mit im Gepäck. Es ging Richtung Schwalmstadt, wo das Seminar im Hotel-Landgasthaus Bechtel stattfand.

Stefan Rüppel und Holger Eggen-schwiller (beide GdP) eröffneten um 9 Uhr das Seminar und die Verantwortlichen stellten sich kurz vor. Unter ihnen waren Dozenten für Taktische Notfallmedizin und für den Rettungsdienst (auch aus der Luftrettung), Notfallsanitäter und -ausbilder sowie ein Ausbilder für NATO-Kräfte



im Bereich TCCC (Tactical Combat Casualty Care).

Nach einem anschaulichen Einstieg in die Wichtigkeit der Notfallerstversorgung durch die Polizei in entsprechenden Lagen, gab es eine theoretische Einweisung. Hier wurden uns noch einmal die Grundlagen



der Ersten Hilfe ins Gedächtnis geholt, inklusive des Bodychecks und das Erkennen eines Schocks. Auch erfuhren wir über die (immer noch) unterschätzte Gefährlichkeit von Messerverletzungen und Schusswunden. Die Einweisung in das benötigte „medizinische Gerät“ erfolgte in geteilten Gruppen. Wir wurden in das Anlegen eines Tourniquets und der Notfallbandage (Israeli Bandage) eingewiesen und durften dies praktisch am „lebenden Objekt“ üben, immer unter den wachsamen Augen der Ausbildenden.

Nachdem wir die Notfallversorgung nach dem ABCDE-Schema kennengelernt hatten, gab es ein üppiges und sehr leckeres Mittagessen.

Nach der Pause wurden wir in Streifen-Teams eingeteilt. An ver-

schiedenen Stationen erwarteten uns Situationen aus dem polizeilichen Alltag, die es mit dem vorher Gelernten und einem Notfallset oder einem Verbandskasten zu bewältigen galt. Die Verletzten wurden mit realistisch aussehenden und blutenden Wunden präpariert und trieben mit schauspielerischem Können unseren Puls nach oben. Beobachtet von den Ausbildenden, mussten wir nicht nur die Verletzten versorgen, sondern auch noch taktisch die Situation unter Kontrolle halten, indem uns Täter zusätzlich forderten. Auch wurde z. B. das Anlegen des Tourniquets unter Zeitdruck abverlangt. Nach jeder Situation gab es ein konstruktives Feedback zu unseren Handlungen.

Als Abschlussübung wurden wir alle zusammen in eine lebensbedrohliche Einsatzlage (Terrorlage) geschickt.

Nach einem Gesamt-Feedback wurden wir gegen 17 Uhr mit unseren vielen Eindrücken vom Tag entlassen. Bei allem Ernst des Themas kam der Spaß dennoch nicht zu kurz. Ich habe viel (auch über mich selbst) gelernt und viele nette Kolleginnen und Kollegen kennengelernt. Natürlich wurde auch fleißig „genetzwerkt“. Wir freuen uns auf das Aufbau-seminar im April!

Ach ja... das Wörterbuch habe ich nicht gebraucht. Die luxemburgischen Kollegen sprachen sehr gut Deutsch!

**Anja Lögering,
Polizeitrainerin
Systemisches Einsatztraining**



INTERN. FACHMESSE ZUR DIGITALISIERUNG DER INNEREN SICHERHEIT

Hessische Delegation auf der GPEC Digital 2019 in Berlin

Vielen von Euch dürfte die GENERAL POLICE EQUIPMENT EXHIBITION & CONFERENCE (GPEC), die vergangenes Jahr in der Messe Frankfurt stattgefunden hat, noch in guter Erinnerung sein. Diese Hauptmesse hat einen etwas kleineren Ableger – die GPEC digital. Diese hat sich auf die Aspekte der Digitalisierung der Inneren Sicherheit fokussiert.

Am 13. Und 14. März fand hierzu im CityCube der Messe Berlin die erste Veranstaltung statt. Laut Veranstalter waren immerhin über 2300 Besucher aus 28 Staaten vertreten und die 189 Aussteller kamen aus 21 Staaten. Neben den klassischen Messeständen gab es rund ein Dutzend Workshops und Konferenzen rund um die Themen der Digitalisierung in der Inneren Sicherheit.

In der Ausstellungshalle ging es neben der großen Thematik der Datensicherheit und Auswertbarkeit natürlich auch um Themen wie Tatortarbeit, Einsatztraining mit digitaler Technik, Vernetzung von Einsatzmitteln – wie z. B. Bodycams, Drohnen, Funkstreifenwagen, Verkehrsüberwachungen etc., Funk- und Datenübertragungstechnik in der AAO, wie auch in BAO-Lagen und vielen mehr.

Allzu oft wurde klar, dass die Technik weit mehr bieten kann als das hierzulande umzusetzen wäre.

Neben vielen Herstellern und Anbietern, die bei der hessischen Polizei aktuell keine Produkte und Dienstleistungen anbieten bzw. keine Rolle spielen, waren natürlich auch einige unserer Ansprechpartner des täglichen Dienstes vertreten. So z. B. die Firma Eurofunk, die unsere Leitstellentechnik stellt, betreut und aktuell das neue Einsatzführungssystem liefert, die Firma Motorola, die unsere Funk-Endgeräte bereitstellt, Heinekingmedia mit ihrem Produkt STASHCAT (hier bekannt unter dem Begriff HePolChat) und einige mehr.

Ein großer Schwerpunkt lag in der Automatisierung und Vernetzung bzw. Verarbeitung von bereits vorhandenen Daten. So haben gleich mehrere Hersteller (neue) Systeme für einen digita-



Der Trend geht zum digitalen Streifenwagen – Verschlüsselungstechnik – wichtiger denn je

len Funkstreifenwagen vorgestellt. Hier geht es z. B. um Automatische Kennzeichen-Lese-Systeme (AKLS), die in den Blaulichtbalken auf dem Fahrzeugdach installiert sind oder auch darum den PC für die Sachbearbeitung bereits in das Fahrzeug zu integrieren und die Datenerfassung an der Einsatzstelle gleich so in das Polizeisystem übergeht, dass nicht nur die Wache und Einsatzzentrale alles aktuell verfügbar hat, sondern auch die einfache

Sachbearbeitung i. d. R. annähernd vor Ort abgeschlossen werden kann. Die Firma Polaris bietet für den „smarten Funkstreifenwagen“ z. B. ein System an, welches alle Einsatzfahrzeuge, inkl. Hubschrauber, so vernetzt, dass über einen Breitbandanschluss nicht nur im Streifenwagen gesehen werden kann, wo die anderen Kräfte sich gerade befinden, sondern z. B. auch Hubschrauberbilder sich live verfolgen lassen und das Dienstfahrzeug selbst durch Videoeigensicherung rundum auf Wunsch alles dokumentiert.

Doch die Technik ist bekanntermaßen schon viel weiter. Auch bei der Analyse von Daten aus sozialen Medien, Verbindungsdaten etc. gibt es eine Vielzahl, vielleicht gar ungeahnte Möglichkeiten, Ermittlungsarbeit noch zu erweitern/zu vereinfachen. Hier schläft die Industrie nicht. Auch das Thema Gesichtserkennung ist in vielen Ländern bereits allgegenwärtig und könnte natürlich genauso überall zum Einsatz kommen wie ein AKLS. Technisch machbar. Die Produkte konnten wir uns ansehen. Was davon auch bei uns im Polizeialltag Einzug halten wird, bzw. wann es „in der Fläche“ ankommt, diese Frage muss woanders geklärt werden.

Nächstes Jahr findet die Hauptmesse GPEC wieder in Frankfurt, also vor unserer Haustüre, statt. Ein Besuch dieser kann getrost empfohlen werden.

Christian Richter



Ein Gründungsmitglied der GdP Hessen, Heinz Pult, feierte seinen 95. Geburtstag

Familie, Freunde, Bekannte, Mitstreiter des Polizeisozialwerks Hessen (PSHH) und natürlich seine GdP-Familie aus unterschiedlichen Epochen und Funktionen folgten der Einladung zum außergewöhnlichen 95. Geburtstag am 9. März 2019. In einem feierlichen Rahmen hatten die Mitstreiter aus dem PSHH es den geladenen Gästen ermöglicht, diesen herausragenden Tag in einem festlichen Ambiente genießen zu können.

Beim Erstellen dieses Artikels kommt es mir wie in einer historischen Zeitreise vor. Parallel zu den zurückliegenden 95 Lebensjahren sind auch historisch viele wichtige Ereignisse in Deutschland und in der Welt geschehen. So kam Heinz Pult in den Nachkriegsjahren des 1. Weltkrieges in der Weimarer Zeit, am 9. März 1924, in der heutigen Gebrüder-Grimm-Stadt in Hanau zur Welt. Nach der absolvierten Schulzeit musste er, für viele in dieser Zeit selbstverständlich, in einen fürchterlichen Krieg ziehen. Er überlebte die russische Kriegsgefangenschaft und kam erst 1947 aus Russland zurück. Am 1. August 1949 trat Heinz Pult bei der damaligen Gendarmerie Einsatzbereitschaft in Kassel seinen Dienst an, dort versah er bis 1953 Dienst. Im selben Jahr kam er nach Wiesbaden zur Verkehrsbereitschaft, der Dienststelle, der er sein ganzes Berufsleben bis zu seiner Pensionierung im Jahre 1984 treu blieb. Bei Heinz Pensionierung hieß die Dienststelle dann Polizeiautobahnstation Wiesbaden.

Gewerkschaftlich eine Heimat zu haben, war von Beginn eine prägende Eigenschaft von Heinz Pult.

Als Gründungsmitglied der GdP Hessen trat Heinz Pult am 1. Mai 1951 in die GdP ein, zuvor war er bereits nach dem Krieg in der ÖTV organisiert. Seine Ämter in der GdP aufzuzählen, würde sicherlich an dieser Stelle den Rahmen sprengen.

Als Kümmerer und Polizeiautobahn-schutzmann von Beginn seiner beruflichen Laufbahn bis zu seiner Pensionierung hat Heinz Pult viel erlebt. Er hat aber auch maßgeblich mitgestaltet an den Problemlösungsprozessen dieser



V. l. n. r.: Jens Mohrherr, Heinz Pult, Mike Messer und Bernhard Langer

hessischen Polizei, die es nach dem Krieg zu lösen galt.

Als Personalratsvorsitzender der Polizeiautobahnstation Wiesbaden und als Mitglied im damaligen Bezirkspersonalrat beim RP Darmstadt gestaltete Heinz Pult über zwölf Jahre aktiv die damalige Personalratsarbeit mit! Damals gab es noch einen örtlichen freigestellten Personalrat und auch eine Stufenvertretung bei den Regierungspräsidien! Leider haben die Landesregierungen infolge das HPVG dermaßen „gerupft“, dass heute der PASTler ins Polizeipräsidium fahren muss, wenn

er seinen Personalrat sprechen möchte. Als echter „Kümmerer“ lag eine weitere Passion von Heinz auch in der Kommunalpolitik. Als überzeugtes CDU-Mitglied war er auch über ein Jahrzehnt im Ortsbeirat in Biebrich tätig. Bis ins hohe Alter, genauer gesagt, bis zu seinem 81. Geburtstag vor 14 Jahren, war Heinz noch aktiv im Landesseniorenvorstand der GdP tätig.

Diese Zeitreise gedanklich hier und da nachzuvollziehen macht mir klar: Respekt vor dem kollegialen und uneigennütigen Lebenswerk von Heinz Pult. Seine Bescheidenheit und auch seine Verlässlichkeit sind herausragende und zutreffende Beschreibungen seines Charakters.

Der stellvertretende Landesvorsitzende der GdP Hessen, Jens Mohrherr, die beiden ehemaligen Landeskassierer Bernhard Langer und Mike Messer, ließen es sich bei guten Speisen und Getränken nicht nehmen, gemeinsam mit Heinz Pult und den geladenen Gästen die Vergangenheit und auch die Zukunft zu beleuchten.

Lieber Heinz, bleib gesund und deiner GdP gewogen! Wir freuen uns auf nächstes Jahr.

Jens Mohrherr

Anzeige



POLIZEI

DEIN PARTNER

Gewerkschaft der Polizei

Wir brauchen dich!

Der VDP – der Verlag deiner Gewerkschaft – sucht Kollegen, die neben Beruf oder Ruhestand Zeit und Lust für eine gut bezahlte Tätigkeit als freiberuflicher Anzeigenverkäufer in Hessen haben.

Hilf uns, unsere Präventionsschriften für die GdP in Hessen zu bewerben und herauszubringen.
Nähere Informationen erhältst du unter www.vdp-polizei.de.
Oder ruf uns an unter Telefon 0211 7104-183 (Antje Kleuker).

Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit dir!



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon 0211 7104-183, Frau Antje Kleuker
antje.kleuker@vdp-polizei.de
www.vdp-polizei.de



FÜRSORGE

Kann Arbeit krank machen?

Statistiken zeigen eine klare Tendenz zu mehr Belastungen an deutschen Arbeitsplätzen.

Die Weltgesundheitsorganisation WHO hat ein international gültiges Klassifizierungssystem für medizinische Diagnosen entwickelt, das auch in Deutschland angewendet wird und mittels Codes eine Statistik über auftretende Erkrankungen ermöglicht. Die Bundesregierung hat auf Anfrage die Entwicklung von Erkrankungen, die auf psychische Belastungen zurückzuführen sind, veröffentlicht. Die Ergebnisse sind alarmierend.

Seit 2004 steht seitens der Weltgesundheitsorganisation der ICD-Code Z73 zur Verfügung. Darunter verbergen sich meist die sogenannten „Burn-out-Diagnosen“. Da jedoch Burn-out als Krankheitsbild nicht eindeutig definiert ist und weiterhin keine eigene primäre Kennzeichnung in der Krankheitsklassifikation zur Verfügung steht, beziehen sich viele Statistiken auf den ICD-Code Z73 „Probleme mit Bezug auf Schwierigkeiten bei der Lebensbewältigung“. Nicht selten dürfte allerdings die entsprechende Symptomatik auch bei den Codes F43 „akute Belastungsreaktion, dem ICD-Code F48.8

„Neurasthenie“ (Ermüdungssyndrom) oder dem ICD-Code „Unwohlsein und Ermüdung“ verschlüsselt werden. Bezieht man diese mit ein, dann stiegen die Arbeitsunfähigkeitstage aufgrund der genannten psychischen Belastungen von 20 Millionen im Jahr 2012 auf 30 Millionen im Jahr 2016 an.

Es gibt Stimmen von Politikern, die sich für die Arbeitnehmerrechte einsetzen, die klar sagen: „Die Grenze ist überschritten. Arbeitgeber ... behandeln die Beschäftigten wie Verschleißteile. Anstatt deren Gesundheit zu schützen, denkt man lieber darüber nach, wie man das Arbeitszeitgesetz lockern kann. Das grenzt an Körperverletzung.“

Tatsächlich wirtschaften Unternehmen und arbeiten Behörden partiell auf Kosten der Gesundheit ihrer Beschäftigten. Der Einzelne kann sich nur unzureichend schützen. Hier sind wir als Gewerkschaften, Betriebs- und Personalräte gefragt.

Es gibt politische Vorstöße die ein Gesetz fordern, dass die Arbeitgeber zwingt, Verantwortung zu überneh-

men. Wer sich dem verschließt, nimmt die Zunahme psychischer Belastungen billigend in Kauf.

Die politische Idee einer Anti-Stress-Verordnung bewerte ich als einen guten Ansatz. Eine solche Verordnung sollte mögliche Gefährdungsfaktoren wie die Gestaltung der Arbeitsaufgabe, die Arbeitsorganisation sowie die Bedingungen des Arbeitsplatzes und besonders der Arbeitszeit berücksichtigen. Für all diese Bereiche sind geeignete Kriterien als Vorgaben für Gefährdungsbeurteilungen zu entwickeln. Eine solche Anti-Stress-Verordnung würde Beschäftigten und Arbeitgebern zeigen, was gegen psychische Belastung konkret getan werden muss.

Urgewerkschaftliche Aufgabe ist es, für eine im gesellschaftlichen Vergleich angemessene und faire Bezahlung zu kämpfen. Gewerkschaftliche Aufgabe ist es aber ebenso, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, vor negativen und schädlichen physischen und eben auch psychischen Einflüssen konsequent zu schützen.

Christoph Möhring

ESSAY

Versprechen halten und brechen

Versprechen sind ein globales, uns fast täglich in allen Existenzbereichen begleitendes Problem. Wir kennen sie als Versicherung, Beteuerung, Gelübde, Eid, Schwur und Ehrenwort. Wir hören und lesen sie, sehen sie als Bilder und Filme oder sprechen und unterschreiben sie als Bestellung, Verpflichtung u. dgl. Sie wirken werbend als Verführung, Zusagen und Absichtserklärungen. Gehaltene Versprechen empfinden wir als normal. Gebrochene Versprechen enttäuschen. Urheber werden als unehrlich, unzuverlässig, charakterschwach, unsympathisch empfunden und weitgehend gemieden. Aber belogen werden gehört leider zum Alltag. Zu lügen scheint unverzichtbar. Fürs Lügen gibt es 130 Ausdrücke; für die Wahrheit nur 15.¹

Versprechen enthalten **keine Zusicherungsgarantie**. Sprachliche Fehlleistungen (= Versprecher), Übertreibungen, bewusste Täuschungen, Schönfärberei und Vernebelung provozieren geradezu zwangsläufig Gegenreaktionen, die mitunter erhebliche Schäden anrichten. Bei derart negativ prägenden Erfahrungen ist es kein Wunder, wenn Misstrauen und Distanz zu Urhebern wächst.

Gebrochene Eheversprechen führen allein 2017 zu 153.500 Ehescheidungen. Für Partner und Angehörige kann die Trennung zu dramatischen Folgen führen. **Reklame und Werbung** ist nicht selten maßlos **übertriebene Darbietung**. Berichte der Stiftung Warentest entlarven viele Anpreisungen als Mogelpackung, fehlerhaft, nutzlos, teilweise

sogar schädlich und **keinesfalls dem Versprechen angemessen**.

Doch wenn **politische Regelgeber** der Verfassungsvorgabe entsprechend **versprechen**, ihre Kraft dem **Wohle des Volkes** zu widmen, seinen **Nutzen mehren** und **Schaden von ihm wenden** werden, dann **aber zulassen**, dass immer **mehr Menschen arm werden** und **in Not geraten**, sind die derzeit beklagten Folgen logisch.² Wahlverweigerer, Protestwähler und Demonstrierende, die ihren Zorn immer häufiger gewalttätig und strafbar ausleben, sind überdeutliche Aufforderung mehr auf die Bedürfnisse des Volkes und weniger auf das Vorteilsstreben der einflussreichen elitären Minderheit Rücksicht zu nehmen.

Fortsetzung auf Seite 8



ESSAY

Fortsetzung von Seite 7

Auch gedruckte, akustische und visuelle Informationen wurde schon als Fälschung entlarvt.

Was politisch interessierte Bürger besonders schockt, sind die Schlagzeilenthemen der Medien über Steuergeldverschwendungen und gesellschaftliche Fehlentwicklungen. Es ist beschämend, dass Steuerzahlerbund und Rechnungshöfe jährlich Grund haben, falsche Entscheidungen anzuprangern. Beispiele: Berliner Flughafen, Stuttgart 21 und die Restaurierung des Schulsschiffes Gorch Fock. Für Hessen ist es besonders ärgerlich, dass für die 2004 bis 2006 verkauften und für 30 Jahre zurückgemieteten 50 Gebäude die Miet- und Sanierungskosten den Käuferlös bald übersteigen werden. Eine Kreditaufnahme hätte letztlich nicht so viel gekostet. Der 2004 erfolgte Austritt aus der Tarifgemeinschaft wurde von den Beschäftigten zu Recht als egoistische Sonderregelung empfunden. Für die Beamten war damit auch der Weg zu vergleichsweise geringerer Anhebung der Gehälter frei. Nun er-

halten Landesbeamte im finanzstarken Hessen weniger Gehalt als Beamte im Bund, in Baden-Württemberg, Bayern, Sachsen und Sachsen-Anhalt. Dazu kommt, dass Stellenabbau vergangener Jahre den Berg nichtvergüteter Überstunden wachsen lies.

Seit die Europäische Union für ihre Mitgliedstaaten einheitliche Rechtsgrundlagen anstrebt, ist es anachronistisch in den 16 Stadt- und Flächenstaaten der BRD unterschiedliche Rechtsregeln für Beamte, im Kultusbereich und für die Sicherheit zu verteidigen. Mit der Kleinstaaterei verbundener Egoismus ist teuer und fordert Ausgleichsregeln (z. B. Länderfinanzausgleich!). Das **Versprechen**, dem Volk zu dienen wird **der Lächerlichkeit preisgegeben**, wenn deutlich

wird, dass die Postenverteidiger sich dienen.

Das von der Innenministerkonferenz initiierte Saarbrücker Berufsbildgutachten von 1975 bestätigte in Band 6 auf Seite 1420, dass **„die Polizei eine Einrichtung sui generis“** sei, also einzig, besonders nur durch sich selbst eine Klasse bildend. Seitdem wurde die Dienstleistung erheblich erschwert. Wenn für den raumgeschützten Wochentagsberuf die Besoldungsordnung R möglich ist, sollte sie für Polizisten, die zunehmend eine „Prügelknabenfunktion“ bei exaltierenden Bürgerprotest gegen politische Fehlleistungen zugemutet werden, unverzichtbar sein.

Gerhard Kastl

¹ Wolf Schneider: **Die Wahrheit über die Lüge** Seite 9: „Politiker lügen natürlich, zumal im Wahlkampf“

² Prof. Dr. Gertrud Höhler: **Demokratie im Sinkflug**

TERMINE

**Mitgliederversammlung
der Seniorengruppe
Frankfurt**

Wann: Mittwoch, 19. Juni 2019, 14 Uhr
Wo: Bürgerhaus Frankfurt-Bornheim, Arnsburger Straße 24 (Navi-Adresse für Parkhaus), 60385 Frankfurt/M. und neue Altstadt

JUBILARE

**40-jähriges
Gewerkschaftsjubiläum**


Gerd Becker
Kreisgruppe Bad Homburg

STERBEFÄLLE

Es starben

- Wolfgang Strauß**
Kreisgruppe Frankfurt
- Manfred Kleinfeld**
Kreisgruppe HBPP
- Jan Möller**
Kreisgruppe Offenbach
- Kurt Strack**
Kreisgruppe PAST Bad Hersfeld
- Helmut Weix**
Kreisgruppe PAST Baunatal
- Heinrich Schelberg**
Kreisgruppe Waldeck-Frankenberg
- Armin Schön**
Kreisgruppe Gießen Wetzlar
- Jürgen Möller**
Kreisgruppe Wiesbaden
- Lothar Humla**
Kreisgruppe Darmstadt-Dieburg

Wir werden den Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren!



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Landesbezirk Hessen**

Geschäftsstelle:
Wilhelmstraße 60a
65183 Wiesbaden
Telefon (06 11) 99 22 7-0
Telefax (06 11) 99 22 7-27
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion:
Markus Hüschentbett (V.i.S.d.P.)
c/o Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Hessen
Wilhelmstraße 60a
65183 Wiesbaden

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 41
vom 1. Januar 2019

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6446

